

Kammer trifft Politik

Frühjahrsempfang der Heilberufekammern

Einmal außerhalb des Protokolls und in gelöster Atmosphäre berufs- und gesundheitspolitische Entwicklungen zu besprechen, das ist das Anliegen des Frühjahrsempfangs der sächsischen Heilberufekammern. Dieser fand im April nun zum dritten Mal im Restaurant Luisenhof mit rund 90 Gästen statt. Darunter Staatsministerin Christine Clauß, der FDP-Landesparteivorsitzende Holger Zastrow, die Bundestagsabgeordnete Maria Michalk und Dr. Holger Feist, der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Dulig sowie zahlreiche weitere Abgeordnete und Vertreter anderer Kammern. Diese Veranstaltung hat sich einmal mehr bewährt, um aktuelle gesundheitspolitische Positionen auszutauschen und zu diskutieren. Der Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze, ging in seiner Begrüßung insbesondere auf das anstehende Versorgungsgesetz und den Fachkräftemangel in Sachsen ein. Die Weichenstellung für das Gesundheitssystem von Morgen muss aus seiner Sicht heute erfolgen. Und „...es muss gelingen, teuer ausgebildetes Fachpersonal auch hier zu halten. Dies kann durch flexible Arbeitszeitmodelle und die Gewährleistung einer Kinderbetreuung gelingen“. Nur auf diesem Weg könne das Fachkräftepotenzial bei Frauen stärker ausgeschöpft werden.

Der Präsident der Landeszahnärztekammer Sachsen, Dr. Mathias Wunsch, ging in seinem Statement auf die anstehende Novellierung der Gebührenordnung privatärztlicher Leistungen ein. Der Referentenentwurf dazu sei nach über 20 Jahren Stillstand nicht zukunftstauglich, denn er orientiere sich viel zu wenig am wissenschaftlichen Stand der Zahnheilkunde. Er forderte zudem von den anwesenden Politikern eine nachhaltige Gesundheitsreform und weitere Erleichterungen bei der Einführung der Kostenerstattung im ambulanten zahnärztlichen Bereich.



Dr. Hans-Georg Möckel, Sächsische Landestierärztekammer, Frau Staatsministerin Christine Clauß, Dr. Matthias Wunsch, Landeszahnärztekammer Sachsen, Prof. Dr. Jan Schulze, Sächsische Landesärztekammer, Friedemann Schmidt, Sächsische Landesapothekerkammer (v.r.)

Frau Andrea Mrazek, Präsidentin der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer, lag besonders die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen am Herzen. Die derzeitige Lage in der ambulanten Versorgung sei schwierig. Der Behandlungsbedarf aufgrund psychischer Erkrankungen steige seit Jahren an, immer häufiger würden Deutschlands Arbeitnehmer wegen psychischer Erkrankungen krankgeschrieben. Die Psychotherapeutendichte sei dagegen regional sehr unterschiedlich. Durchschnittlich gibt es in Sachsen eine Wartezeit von ca. 13,5 Wochen für ein Erstgespräch.

Der Präsident der Sächsischen Landestierärztekammer, Dr. Hans-Georg Möckel, legte den Schwerpunkt seines Statements darauf, dass den Staat die Selbstverwaltung fast nichts koste – lediglich die Maßnahmen der Rechtsaufsicht als niedrigste Form der staatlichen Aufsicht. Dabei sollte der Staat immer nur die Rechtmäßigkeit überwachen. Bezüglich der Haushaltspläne der Kammern lehnte er eine Genehmigungspflicht ab.

Der Präsident der Sächsischen Landesapothekerkammer, Herr Friedemann Schmidt, benannte die neuen Regelungen im Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz. Denn nicht nur das Sonderopfer von fast 200 Millionen Euro, sondern auch der für

den Pharmagroßhandel vorgesehene „Einsparbeitrag“ wurde weitgehend auf Apotheken umgelegt. Hinzu komme eine explosionsartige Vermehrung der Bürokratie durch die zu kurzfristige Einführung einer neuen Packungsgrößenregelung für Arzneimittel und eine keineswegs gut gemachte Lösung zu mehr Wahlmöglichkeiten bei Fertigarzneimitteln für Patienten. „Kurz gesagt: Die Apotheker sind stinksauer.“, so Schmidt in seinem Statement. Durch die massiven politischen Eingriffe in die Honorarordnung sei die Vergütung einer Apotheke für die Versorgung von Kassenpatienten inzwischen auf dem Tiefpunkt angelangt. Immer mehr Apotheker suchten deshalb eine Anstellung mit geregelter Arbeitszeit, sechs Wochen Urlaub und einer vergleichbaren Vergütung. Staatsministerin Christine Clauß ging in ihrem Grußwort nicht auf die angesprochenen Probleme ein, sondern verwies auf die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit der Heilberufekammern mit ihrem Ministerium. Die aufgeworfenen Fragestellungen gaben aber genügend Stoff für die teilweise lebhaft geführten Gespräche im Anschluss.